



Liebigstrasse 46  
64293 Darmstadt  
Tel. & Fax 06151/8606067  
[www.uffbasse-darmstadt.de](http://www.uffbasse-darmstadt.de)

Darmstadt, den 03. Mai 2017

### **Uffbasse Position zu den geplanten Einnahmeerhöhungen und Ausgabesenkungen der Stadt Darmstadt hinsichtlich der niedriger ausfallenden Gewerbesteuern**

Überraschend für uns gab die Stadt am Dienstag, 2.5. bekannt, dass für das Jahr 2017 ein Fehlbetrag von 52 Mio Euro im Haushalt entsteht durch niedrigere Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Ebenso gibt es für das Jahr 2016 eine Rückzahlung der Gewerbesteuer in Höhe von 32 Mio Euro.

Durch den Schutzschirm des Landes sind wir gehalten, drei Jahre in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. 2017 ist das dritte Jahr. Sollten wir das nicht hinbekommen, bekommen wir die 185 Mio Euro Schulden, die das Land für uns übernommen hat, wieder zurück.

Wir wissen nicht, ob diese Zahlen jetzt tatsächlich quasi aus dem Nichts aufgetaucht sind und es ist müßig, darüber zu spekulieren – ein schales Gefühl angesichts der zeitlichen Nähe zur OB Wahl bleibt auf jeden Fall. Der Wahlkampf wäre deutlich anders verlaufen, hätte dazu genutzt werden können, wahrhaftiger nach Lösungen zu suchen und den Menschen die finanzielle Situation Darmstadts zu verdeutlichen, statt Bilder davon zu zeichnen, was man alles machen will. Oder eher: machen könnte. Wenn denn das Geld da wäre..... sozusagen Konjunktiv-Investitionen.

Betrachten wir mal das Jahr 2016: hier kommen wir, durch einen Überschuss in Höhe von 32 Millionen Euro mit einer schwarzen Null heraus und erfüllen damit die Bedingungen des Landes für den Schutzschirm. Hört sich erst mal gut an – trotzdem sind es natürlich 32 Millionen Euro weniger, die zum Schuldenabbau verwendet werden sollten. Und das wäre bei 900 Mio Euro Schulden ein guter Schritt gewesen.

2017 wird es dann ganz eng: es gilt, 52 Millionen Euro einzusparen bzw. zu erwirtschaften. Geplant ist eine Anhebung der Gewerbesteuer um 6,8 Prozent auf 454 und eine Anhebung der Grundsteuer auf 650, was einer Erhöhung um 21,5 Prozent entspricht. Die Anhebung der Gewerbesteuer wird ca. 10 Millionen Euro in die Stadtkasse bringen, die der Grundsteuer noch mal 8 Millionen Euro. Weiterhin ist eine Kürzung aller freiwilligen Leistungen der Stadt in Höhe von 20% und ein 10% Ausgabestopp bei der Verwaltung geplant. Beide Maßnahmen sparen 10 Millionen Euro.

Das sind sehr harte Einschnitte in das Stadtleben und Maßnahmen, die eine große Belastung für die Bevölkerung mitbringen.

Und die Frage ist: erreichen wir dadurch wirklich etwas? Es fehlen dann immer noch 13 Mio Euro, von denen keiner weiß, wo die noch herkommen sollen. Und Darmstadt ist eine Stadt, die in den letzten Jahren schon kaputt gespart wurde. Jetzt noch mal weiter alles runter fahren? Und dann?

Weitere Auflagen des RP sind bereits im Gespräch und es ist davon auszugehen, dass es sich bei den niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen nicht nur um einen einmaligen Effekt handelt, sondern dass diese in der jetzt angesetzten Höhe bleiben.

Wir befinden uns also in einer ständigen Abwärtsspirale. Es ist vollkommen unrealistisch, dass die Stadt aus eigener Kraft ihre 900 Millionen Euro Schulden wirkungsvoll abbaut, vielmehr ist die Frage, wann genau wir die magische Grenze von 1 Milliarde Euro erreichen, ab der das Regierungspräsidium dem Haushalt, so wird es zumindest kommuniziert, nicht mehr zustimmt.

Die Stadt kann natürlich nichts dafür, dass Gewerbesteuereinnahmen wegbrechen. Es ist die Steuergesetzgebung des Bundes, die es Unternehmen, die eigentlich gute Zahlen haben ermöglicht, weniger Steuern zu zahlen. Das die Gelder, die es für Kita Plätze gibt, nicht 1:1 an die Kommunen weitergegeben werden. Das die Kommunen immer mehr Kosten aufgebürdet bekommen und ziemlich alleine gelassen werden.

Und wenn eine Kommune den Abwärtstrend nicht stoppen kann, egal wie viel sie spart, dann hilft es nichts, das Sterben auf Raten zu verlängern und sich zu Tode zu sparen.

Wir hätten keine Probleme damit, auch harte Maßnahmen durchzuziehen, die man z.B. zeitlich befristen könnte, aber nur, wenn sich dadurch eine Lösung abzeichnet. Eine Besserung. Diese sehen wir aber nicht. Durch die geplanten Einsparmaßnahmen blutet die Stadt aus und die Bürger werden unverhältnismäßig belastet. Und den Schuldenberg werden wir dadurch auch nicht abtragen. Es sind andere Lösungen gefragt, die nicht in kommunaler Hand liegen. Was wir erleben, ist ein systemimmanenter Fehler, der früher oder später sowieso eskaliert.

Wir sind müde und wütend darüber, dass alles auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird. Wir kämpfen um einen Satzung für bezahlbaren Wohnraum für ein paar Leute (weil es werden ja auch nur eine überschaubare Anzahl von Wohnungen gebaut) und hauen dann bei den Nebenkosten für alle ganz massiv drauf. Ganz abgesehen davon, dass bei der sich in den nächsten Jahren wieder verstärkt abzeichnenden Finanzkrise jeglicher politischer Gestaltungsspielraum verloren geht. Klar freuen wir uns darüber, dass die Lichtwiesenbahn vermutlich nicht gebaut wird, die Landesgartenschau, der Masterplan und das Weltkulturerbe wahrscheinlich gestrichen werden müssen, wir waren ja auch immer gegen diese Kostenverursacher, die keinen wirklichen Nutzen für die Darmstädter Bevölkerung haben. Nur leider wird es halt für alles andere auch schwierig. Alle Investitionen mit Folgekosten sind eigentlich nicht mehr durchführbar.

Wir wissen nicht, ob die Koalition von anderen Fraktionen eine Zustimmung bekommt. Schlimmstenfalls könnte die Situation dahingehend eskalieren, dass Darmstadt die Schulden aus dem Schutzschirm zurückbekommt und dadurch am Kreditlimit und nicht mehr zahlungsfähig ist. Letztendlich ist das aber das, was durch die weiteren Auflagen des RP sowieso in spätestens 2-3 Jahren passieren wird. Und es ist auch fraglich, was dann passiert? Wird das Rathaus dann zugeschlossen? Muss Partsch seine OB Kette abgeben? Wir sind uns sicher, dass so etwas nicht passiert, sondern dass Auflagen zurückgezogen werden und sich neue Möglichkeiten finden. Too big to fail! Wir möchten dieses System nicht stützen, sondern deutlich zeigen, dass es mit uns nicht möglich ist, eine Stadt zu Tode zu sparen und den Menschen auf alle denkbaren Arten dauernd tiefer in die Taschen zu greifen – bei gleichzeitiger permanenter Verschlechterung der Infrastruktur.

Im Augenblick ist bei uns ganz sicher, dass wir einer Erhöhung der Grundsteuer nicht zustimmen werden. Wir stehen auch der Erhöhung der Gewerbesteuer als Schnellschuss in einer Maßnahme, die keine vollständige Lösung bringt, sehr kritisch gegenüber, werden uns damit aber noch eingehend befassen. Alle anderen Maßnahmen, die von der Koalition hoffentlich in den nächsten Tagen genannt werden, werden wir hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit prüfen, aber auch hier ist aus den oben genannten Gründen unsere Tendenz, alle weiteren Sparmaßnahmen abzulehnen. Unsere Vereinbarung mit Grün-Schwarz deckt solche Sondersituationen nicht ab - wir sind an keine Zustimmung gebunden. Zur Lösung, falls es denn eine Lösung gibt, ist eine Gesamtverantwortung aller Stadtverordneten zu erwirken.

Das Eine sind die sinkenden Gewerbesteuereinnahmen, das andere ist die Kommunikation mit den Bürgern. Und wenn man sich da die PM vom 2.5.2017 anschaut wird ganz deutlich, dass man im Rathaus noch immer nichts verstanden hat. Mehr Belastungen bei den Bürgern und gleichzeitig an vollkommen sinnentleerten Prestigeprojekten festhalten? Das kann ganz bestimmt nicht der Weg sein! Wir wissen, dass Darmstadt dringend investieren muss, in bestehende Infrastruktur, wie Straßen, Schulen, Kindergärten – aber ganz bestimmt nicht in einen Karolinenplatz, eine Lichtwiesenbahn, eine Landesgartenschau oder ein Weltkulturerbe. Alle Prestigeprojekte müssen umgehend gestrichen werden. Auch wenn dies für den Ergebnishaushalt erst mal keine Auswirkungen hat, kosten diese Maßnahmen Zeit und Kraft und sind mit Folgekosten verbunden, die zu verhindern sind!